



61/2015

Kiel, 6. Mai 2015

Kuratorium beschließt Interessenbekundungsverfahren für das Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung

Kiel (SHL) – Das Kuratorium des Landesbeauftragten für politische Bildung hat auf seiner ersten Sitzung grundlegende Weichenstellungen für seine zukünftige Arbeit vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Gremiums wurde der Landtagsabgeordnete Jürgen Weber (SPD) gewählt, zu seinem Stellvertreter Professor Klaus-Peter Kruber, Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Deutschen Vereinigung für politische Bildung.

Weber kündigte an, dass das Kuratorium eine selbstbewusste Debatte über die strategische Aufstellung des Amtes des Landesbeauftragten führen werde. Ziel sei es, den Landesbeauftragten als zentrale Instanz der politischen Bildung in Schleswig-Holstein zu verankern. „Wir werden kein ‚Abnick-Gremium‘ sein, das einmal im Jahr einen Bericht entgegen nimmt. Die Mitglieder des Kuratoriums verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz aus den verschiedensten Bereichen der politischen Bildung. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesbeauftragten für politische Bildung ein tragfähiges Konzept für die zukünftige Arbeit des Landesbeauftragten zu erarbeiten“, sagte Weber heute in Kiel.

Das Kuratorium wird auch bei der Besetzung der Position des Landesbeauftragten aktiv. „Wir werden in den nächsten Wochen ein Interessenbekundungsverfahren einleiten, mit dem Ziel, den Landtagsfraktionen bis Ende Juni eine Personalempfehlung für die Wahl einer oder eines Landesbeauftragten zu präsentieren“, so Weber.

Hintergrund:

Durch das „Gesetz zur Einrichtung des Amtes einer oder eines Landesbeauftragten für politische Bildung“ ist die ehemalige Landeszentrale für politische Bildung zum 1. Januar zum

Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung umgewandelt worden. Der Landesbeauftragte hat die Rechtsstellung eines unabhängigen Beauftragten beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Bis zur Wahl einer oder eines Landesbeauftragten durch den Landtag fungiert der ehemalige Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Heiko Vosgerau, als kommissarischer Landesbeauftragter. Das Amt des Landesbeauftragten verfügt über insgesamt fünf Mitarbeiter und einen Maßnahmen-Etat von 90.000 Euro.

Dem Kuratorium gehören sechs Landtagsabgeordnete und acht Fachleute aus dem Bereich der politischen Bildung an, die auf Vorschlag der Landtagsfraktionen, der Landesschülervertretung und der politischen Stiftungen berufen wurden. Das Kuratorium hat das Recht, den Landtagsfraktionen bis zu drei Personalvorschläge für die Wahl der oder des Landesbeauftragten für politische Bildung zu unterbreiten.